

# Die kleinen Unbequemen

**B**eim Neujahrsempfang für die Presse gab Staatsminister Jean-Claude Juncker seinem Unbehagen Ausdruck über die Art und Weise, wie kleine, marginale Gruppierungen von manchen Medien unverhältnismäßig hochgespielt werden. Zwar ließen die Kommentare zu dieser mutigen Aussage nicht auf sich warten, doch sind sie gegensätzlich und zeigen somit, dass die Überlegungen des Premiers nicht aus der Luft gegriffen waren.

Wie auch immer die Presse mit Minoritäten und kleinen Interessengruppen umgeht: In einem demokratischen Staat muss es jedem erlaubt sein, seine Belange in vertretbarer Form vorzubringen, auch über den Weg des politischen Engagements. Die von der Männervereinigung AHL erwogene Möglichkeit, als Partei in die nächsten Parlamentswahlen zu gehen, ist also rechtens, wenngleich sie ein zwiespältiges Gefühl hinterlässt wie immer dann, wenn eine sogenannte „Ein-Punkt-Partei“ in die Kammer will.

Wie in Frankreich die Jäger und Fischer über die ehrwürdige Tribüne der Assemblée Nationale ihre rein punktuellen Belange durchsetzen möchten, so hat auch Luxemburg im Lauf der Jahrzehnte manche Interessengruppe am Krautmarkt einziehen sehen, die lediglich ihre ureigenen Forderungen im Sinn hatte.

Ist das Parlament, die Legislative, die höchste Errungenschaft unserer Demokratie wirklich dazu da, zum Markt bzw. Selbstbedienungsladen von Individualinteressen zu werden? Ist darin nicht zumindest der Ansatz einer Herabwürdigung dieser hohen Institution zu sehen?

Artikel 50 unserer Verfassung ruft in Erinnerung, dass die Abgeordnetenkammer das ganze Land vertritt und, so wörtlich, „les députés (...) ne peuvent avoir en vue que les intérêts généraux du Grand-Duché“.

Unter „intérêts généraux du Grand-Duché“ stellt man sich



„Parlament: kein Selbstbedienungsladen für Individualinteressen“

LÉON ZECHES

etwas anderes vor als die Wünsche eines politisch arrivierten Interessenvereins.

Es liegt an der Fähigkeit der großen Parteien, den auch schwachen Interessengruppen zuzuhören, wenn sie verhindern wollen, dass mit unseren demokratischen Institutionen Monopoli und Mensch-ärgere-dich-nicht gespielt wird. Wenn sogenannte Ein-Punkt-Parteien entstehen und elektoralen Erfolg haben, dann kann es auch die Schuld der etablierten Parteien sein, weil sie legitimen Belangen bestimmter Gruppen und Strömungen nicht oder ungenügend Gehör schenken.

Das eloquenteste Beispiel ist der politische Aufstieg der grünen Bewegung Ende des 20. Jahrhunderts. Lange wurden die damals schon bekannten ökologisch gravierenden Probleme von den großen Parteien vernachlässigt. Die Folge war die Entstehung grüner Parteien. Diese haben in der Politik mittlerweile zwar eine eigene, breitere Gesellschaftsphilosophie entwickelt. Trotzdem haben sie ihren grünen Stallgeruch nicht verloren, wurden sie nirgends zu einer Volkspartei, sondern werden bestenfalls als Koalitionsjoker benutzt.

Kommen wir zum Ausgangspunkt zurück: Nimmt sich die große Politik der Belange kleinerer Gruppierungen nicht an, dann suchen diese andere Wege, um sich Gehör zu verschaffen. In der Regel zuerst über die Medien, denen dann vorgeworfen wird, sie politisch hochzuspielen (siehe damals ADR und neuerdings AHL). Ist es nicht eher so, dass diese Gruppen parteipolitisch tätig werden, weil sie trotz medialer Präsenz (Kommunikés und Pressekonferenzen) von der Politik ignoriert werden?